

STADT BAD SACHSA
Hauptamt

Az.: 10 24 03 -10

Bad Sachsa, 18. März 2014
wk/-

P R O T O K O L L

über die öffentliche **Ratssitzung** am **Montag**, dem **10. März 2014**, ab **19:00 Uhr** im **Kursaal**.

Anwesend sind

- a) vom Rat der Stadt: Bürgermeisterin Hofmann
und die Ratsmitglieder Boehm, Bruchmann, Fieker,
Foth, Grimm, Kasper, Kellner, Markert, Metzger, Müller,
Rockendorf, Schaal, Schirmer, Schwedhelm, Seele,
Seifert, Simon, Warnecke, Dr. Wedler und
Ziegenbein;
- b) von der Verwaltung: Forstamtsrat Bosse, Verwaltungsangestellter Grundei,
Verwaltungsfachangestellter Richter, Verwaltungsfach-
angestellter Spieweck, Stadtamtfrau Urban und
Stadtoberamtsrat Weick, zugleich als Protokollführer;
- Geschäftsführer Momberg.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Boehm eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er entbietet dem wieder an einer Sitzung teilnehmenden Ratsherrn Seifert einen besonderen Gruß, freut sich über dessen tatkräftige Unterstützung und wünscht ihm weitere gute Genesung.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form gebilligt.

3. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Ratssitzung vom 16. Dezember 2013

Das Protokoll über die öffentliche Ratssitzung vom 16. Dezember 2013 wird einstimmig genehmigt.

4. Bericht der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Hofmann teilt mit:

a) Luftgutachten

Unter Bezugnahme auf die diesbezügliche Mitteilung in der letzten Ratssitzung wird ergänzend berichtet, dass das Luftgutachten zwischenzeitlich eingegangen ist. Demnach sind alle Messergebnisse positiv ausgefallen, so dass der Status „Heilklimatischer Kurort“ weiter geführt werden kann.

b) Anwohnerversammlung „Ausbau Uffeplatz“

Am Montag, dem 17. März 2014, findet eine Anwohnerversammlung zu obiger Baumaßnahme statt, in der die hiervon betroffenen Anlieger zu wichtigen Details informiert werden sollen. Der relativ frühzeitige Baubeginn wurde durch die vorherrschende Wetterlage begünstigt.

c) Bänke im Bereich des Schmelzteiches

Andererseits hat die gute Witterung das begonnene Vorhaben der Aufarbeitung der Bänke im Bereich des Schmelzteiches zeitlich überrollt. Hier wird es noch etwas dauern, bis sich die Bänke wie geplant präsentieren.

d) Übernachtungszahlen

Die aktuelle statistische Auswertung Dezember 2013 (Stand: 10.03.2014) – wobei noch eine Meldung fehlt – weist gegenüber dem Vorjahr nur einen geringen Rückgang von - 1,1 % bei rund 274.000 Übernachtungen insgesamt aus.

Der bereits in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend setzt sich fort: Leichte Zunahmen bei Hotels und Hotels garni; leichte Rückgänge bei Pensionen, Privatzimmern und Ferienwohnungen.

e) Verbrennen pflanzlicher Abfälle

Aufgrund des Außer-Kraft-Tretens der Niedersächsischen Brennverordnung kann die Stadt nur noch bis zum 31. März Einzelgenehmigungen zum Verbrennen pflanzlicher Abfälle erteilen. Die Regelungszuständigkeit ist auf die Abfallbehörden übergegangen. Der Landkreis Osterode am Harz hat bereits deutlich gemacht, dass er keinen Raum mehr sieht, Brenngenehmigungen zu erteilen. Er verweist stattdessen auf sein regelmäßiges Angebot der Grünabfall-Abfahren.

f) Neue EU-Förderperiode

Die Teilnahme an einer breit angelegten Informationsveranstaltung im Nds. *Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz* brachte die Erkenntnis, dass die neue Förderperiode de facto am 1. Januar 2015 beginnen wird, obwohl diese bereits zum 1. Januar 2014 hätte beginnen sollen.

In Verbindung mit der Erstellung von Regionalen Entwicklungskonzepten (REK) könnte hier allerdings evtl. Druck entstehen, schneller – ggf. zum 1. Juli 2014 – zu handeln.

Dem Vernehmen nach möchte der (derzeitige) Landkreis Göttingen LEADER-Region bleiben. Die diesbezüglich gestellten Anforderungen hierfür sind allerdings größer.

Maßnahmen, die nach den ZILE-Richtlinien durchgeführt werden können, wären für den (jetzigen) Landkreis Osterode am Harz vom Grundsatz her durchführbar und auch interessant.

In diesem Zusammenhang wird demnach in Kürze eine Entscheidung zu treffen sein, ob der Landkreis Osterode am Harz (und seine kreisangehörigen Gemeinden) ILEK-Region bleiben oder LEADER-Region werden will. Der Druck aus Göttingen auf Osterode, sich ebenfalls für LEADER zu entscheiden, ist relativ groß.

**g) Leserbrief des Rats Herrn Warnecke im Harz Kurier am 7. März 2014;
„Schlechter Stil“**

Da der Leserbrief von wenig oder nur von oberflächlicher Sachkenntnis zeugt, ist hier eine aufklärende Stellungnahme erforderlich.

Als den die Sachlage korrekt beleuchtenden Hintergrund wird auf eine Mitteilung im Verwaltungsausschuss am 21. Oktober 2013 Bezug genommen. Bei einem gemeinsamen Gespräch mit Samtgemeindebürgermeister Haberlandt im MI ist dort die eindeutige Aufforderung ergangen, in die Fusionsüberlegungen auch Bad Lauterberg im Harz mit einzubeziehen und diesbezüglich politische Gespräche zu führen. Anlässlich mehrmaliger persönlicher und telefonischer Gespräche wurde man von dort nur getröstet, „... man sei noch nicht so weit ...“.

Verärgert zeigt sich die Bürgermeisterin über die getroffene Aussage, dass „... wir nur gestritten haben ...“. Sie ist zwischenzeitlich von *Walkenrieder Seite* autorisiert,

dies hier richtig stellen zu können. Die Gespräche waren sachorientiert, wobei es sachlich motivierte Meinungsverschiedenheiten gab.

Zu anderen Fehlinterpretationen in diesem Artikel nimmt sie unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt Stellung.

**5. Ernennung eines Ortsbrandmeisters für die Ortsfeuerwehr Bad Sachsa
– DS-Nr. 3/14 –**

Ratsvorsitzender Boehm erteilt Bürgermeisterin Hofmann das Wort zur Drucksache Nr. 3/14.

Nach deren Erläuterungen stimmt der Rat dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Bürgermeisterin Hofmann vollzieht die Ernennung und überreicht gemeinsam mit Ratsvorsitzendem Boehm unter dem Beifall der Mitglieder des Rates die Ernennungsurkunde sowie eine Flasche Médoc-Wein.

**6. Entlassung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr
Tettenborn – DS-Nr. 4/14 –**

Ratsvorsitzender Boehm erteilt Bürgermeisterin Hofmann das Wort zur Drucksache Nr. 4/14.

Nach deren Erläuterungen stimmt der Rat dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Bürgermeisterin Hofmann überreicht gemeinsam mit Ratsvorsitzendem Boehm unter dem Beifall der Mitglieder des Rates die Entlassungsurkunde sowie eine Flasche Médoc-Wein.

Mit ihren persönlichen Dankesworten verbindet sie zugleich einen allgemeinen Dank an die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Bad Sachsa.

**7. Ernennung eines stellvertretenden Ortsbrandmeisters für die Ortsfeuerwehr
Tettenborn – DS-Nr. 5/14 –**

Ratsvorsitzender Boehm erteilt Bürgermeisterin Hofmann das Wort zur Drucksache Nr. 5/14.

Nach deren Erläuterungen stimmt der Rat dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Bürgermeisterin Hofmann vollzieht die Ernennung und überreicht gemeinsam mit Ratsvorsitzendem Boehm unter dem Beifall der Mitglieder des Rates die Ernennungsurkunde sowie eine Flasche Médoc-Wein.

**8. Jahresabschluss 2011 der Stadt Bad Sachsa;
hier: Stellungnahme und Entlastungserteilung gem. § 129 Abs. 1 NKomVG
– DS-Nr. 6/14 –**

Ratsvorsitzender Boehm ruft die Drucksache Nr. 6/14 auf.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

9. Fusionsverhandlungen mit den Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Walkenried

Bürgermeisterin Hofmann nimmt einen Rückblick in die Geschichte der Fusionsgespräche zwischen Walkenried / Wieda / Zorge (= *Walkenried*) und Bad Sachsa vor. Dieser soll hier zwar so kurz wie möglich sein, doch er ist notwendig, da offensichtlich einige Mitglieder des Rates kein ausreichendes Erinnerungsvermögen haben:

In 2010 kam erstmals nach Abschluss des sogenannten Zukunftsvertrages (am 17. Dezember 2009) zwischen dem Land Niedersachsen und den kommunalen Spitzenverbänden die Idee auf, dass die Stadt Bad Sachsa und *Walkenried* prüfen sollten, ob eine Fusion möglich wäre. Nach Sondierungsgesprächen zwischen den Gemeinden und auch mit dem MI kam es zur Beauftragung eines Gutachtens zu den „Auswirkungen einer Fusion“, das am 12. September 2010 vorlag.

Am 1. Dezember 2010 gab es eine Informationsveranstaltung für Einwohner/innen in Walkenried, die eine positive Resonanz hervorrief. Im Februar 2011 tagte die ins Leben gerufene Lenkungsgruppe das erste Mal; sie beschließt die Einrichtung von vier Arbeitsgruppen.

Danach ist viel Arbeit entstanden, u.a. auch in den Verwaltungen. Pro und kontra wurde abgewogen, politisch kontroverse Diskussionen geführt. Die Bewertung in einer Ratssitzung am 7. Juli 2011 in Bad Sachsa hatte zum Ergebnis: **Weiterführung der Fusionsgespräche**. Aber letztendlich kam es anders. Nach der Kommunalwahl im September 2011 wurde in einer Bürgerbefragung der Fusionsidee in Zorge und Walkenried eine Absage erteilt.

Wenig später wirft Samtgemeindebürgermeister Uhlenhaut das Handtuch, und Bad Sachsas Rat beschließt am 18. Oktober 2011 **einstimmig** die Stellung eines **Eigenentschuldungsantrages**! Hierfür werden als Basis die Erhebungen der

Verwaltungs-, Einnahmen- und Ausgabenstruktur in den Fusionsarbeitsgemeinschaften genutzt und danach der Eigenentschuldungsantrag erarbeitet.

Hierfür vorgeschrieben sind Einsparungen und Einplanung verbesserter Erträge. Es kommt ein arbeitsintensives Jahr 2012, das letztendlich von Erfolg gekrönt ist. Die Entschuldungskommission befürwortet die Eigenentschuldung von Bad Sachsa. Die Stadt soll am 2. Januar 2014 9,245 Mio. € Eigenentschuldungshilfe erhalten. Die Unterzeichnung des vorher **einstimmig im Rat beschlossenen Zukunftsvertrages** erfolgt am 13. Februar 2013. Der Zukunftsvertrag enthält auch einen § 8, der die mögliche Fusion mit den Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Walkenried behandelt. Demnach soll weiter verhandelt werden bis zum 30. Juni 2013, dem damaligen formalen Ende des Entschuldungsfonds. Demzufolge fasste der Rat am 27. März 2013 in Neuhof einen **einstimmigen Beschluss mit folgenden Inhalten**:

- Die Bürgermeisterin wird beauftragt, weiter zu verhandeln.
- Die Bürgermeisterin wird beauftragt, vor dem 31. März 2013 einen Antrag auf Fusionsentschuldungshilfe zu stellen. Dies ist am 28. März 2013 geschehen.
- Einwohner/innen von Bad Sachsa dürfen nicht schlechter gestellt oder ungleich behandelt werden.

Aus der Geschichte ergibt sich also:

Nicht die Bürgermeisterin hat die Verhandlungen abgebrochen oder wieder aufgenommen, sondern es lagen jeweils einstimmige Ratsbeschlüsse vor, die durch die Bürgermeisterin und die Verwaltung umzusetzen sind. Das bedeutet, was zwischen dem März 2013 und heute passiert ist, wurde politisch mitgetragen und basierte nicht auf den Ideen oder schlechten Träumen der Bürgermeisterin, sondern auf rechtskräftigen Ratsbeschlüssen. Alle anderen Aussagen sind Legenden oder besser Falschaussagen (so z.B. auch der Leserbrief des Ratsherrn Warnecke im *Harz Kurier*).

Und was ist passiert seit dem Beschluss zur Beantragung einer Fusionsentschuldungshilfe im März 2013?

Die Lenkungsgruppe hat weiter gearbeitet, kam allerdings nur sehr schwer voran. Die Verbesserungen im ordentlichen Ergebnis waren nicht ausreichend, um die Kriterien der Fusionsentschuldungshilfe

- positives Ergebnis spätestens im fünften Jahr nach Zahlung der Entschuldungshilfe;
- kontinuierliche Verbesserung des Ergebnisses und Abbau der Liquiditätskredite

zu erreichen.

Zwischenzeitlich hat das Land Niedersachsen den Zukunftsvertrag bis ins Jahr 2014 verlängert.

Seit Anfang Januar 2014 wurde eine kleine Arbeitsgruppe eingerichtet (siehe auch *Harz Kurier*-Berichterstattung), die sehr intensiv und optimistisch begann – aber leider noch keine abschließenden Ergebnisse produziert hat.

Heute vor einer Woche hat die Lenkungsgruppe, zusammengesetzt aus Vertretern aller in den Räten sitzenden Parteien und Gruppen, dem Landkreis Osterode am Harz sowie dem MI, getagt und konstatieren müssen:

- Noch immer bewegen sich – mittlerweile bis 2022 gerechnet – die ordentlichen Ergebnisse der Stadt Bad Sachsa im positiven Bereich und zwar kontinuierlich nach oben.
- Noch immer bewegen sich die ordentlichen Ergebnisse in *Walkenried* kontinuierlich ab 2015 nach unten
 - 2022 = Bad Sachsa 529.000 € plus;
 - 2022 = *Walkenried* 520.800 € minus,
 - macht zusammen 8.200 € plus.

Noch immer gilt

- die Liquiditätskredite in Bad Sachsa nehmen ab
 - a) in 2013 durch die Entschuldungshilfe von 15,5 Mio. € auf 6,255 Mio. €;
 - b) in 2014 und Folgejahren Schritt für Schritt durch eigene Anstrengungen bis auf 3,11 Mio. € in 2022.

Noch immer gilt aber auch

- für *Walkenried* im „stand alone“ steigen die Liquiditätskredite weiter an, auch bei fiktiver Einrechnung einer Entschuldungshilfe;
- und gemeinsam – auch nach fiktiver Fusionsentschuldung in 2015 – auf 17,8 Mio. € bei den Liquiditätskrediten geht es nur auf 15,15 Mio. € in 2022 zurück.

In der Arbeitsgruppensitzung am Freitag, dem 7. März 2014, wurde noch einmal intensiv diskutiert, und die Bürgermeisterin hat sich auch von dort „die Erlaubnis“ geholt, sagen zu dürfen, dass in den Jahren der Verhandlungen sich die beteiligten Kommunen nie gestritten, aber natürlich kontrovers diskutiert haben.

Walkenried will eine gemeinsame Sitzung aller dortigen Räte ansetzen, und zwar am 21. März 2014, in der die bisherigen Ergebnisse vorgestellt, diskutiert und nach weiteren Verbesserungsmöglichkeiten bei den Ergebnissen gesucht werden soll.

Insofern das eindeutige **Fazit der Bürgermeisterin**:

Es gibt keinen Gesprächsabbruch, aber die Zeit wird sehr eng, denn im 2. Quartal 2014 wird die Zugriffsfrist auf Mittel der Entschuldungshilfe nach dem Willen des Landes definitiv enden.

Deshalb gilt, es herrscht Zeitdruck, ob der vorhandene gute Wille ausreichend sein wird, bleibt abzuwarten.

10. Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 16. Dezember 2013, (~~am 25. Mai 2014~~) keine Direktwahl einer Bürgermeisterin / eines Bürgermeisters durchzuführen

Ratsvorsitzender Boehm erteilt Ratsherrn Schwedhelm das Wort zur Erläuterung des Antrages der *SPD-Fraktion*, der *FDP-Fraktion* und des Ratsherrn Markert (*BfBS*).

Ratsherr Schwedhelm erläutert und begründet daraufhin den in Rede stehenden Antrag, geht auf die zwischenzeitlich eingetretene Änderung der Rechtsgrundlage ein und beantragt die Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 16. Dezember 2013, um die Durchführung einer Direktwahl zu ermöglichen (u.a. ... Umsetzung der Folgerungen aus dem abgeschlossenen Zukunftsvertrag ... | ... derzeit noch laufende Fusionsgespräche mit *Walkenried* ... | ... Auswirkungen des Kreisfusionsprozesses auf die Stadt ... | ... diese Arbeit ist ein politisches Amt ... | ... usw.). Da die vom Gesetzgeber her rechtlich möglich gewesene Zwei-Jahres-Lösung keine Mehrheit gefunden hat, ist aus seiner Sicht jetzt eine Wahl nötig, damit die Bürger/innen der Stadt entsprechend entscheiden können.

Ratsherr Rockendorf führt aus, dass die *CDU-Fraktion* dem Antrag nicht zustimmen wird. Seine Fraktion will an dem Status quo festhalten, da sie einen Politikwechsel wünscht und diesen damit erreicht hat. Die zwischenzeitlich zu verzeichnenden Terminänderungen und -absagen bezeichnet er als Schmierenkomödie erster Güte, weil die Mehrheit der hier agierenden Gruppierung nicht gesichert war.

Wegen der besonderen Bedeutung dieser Angelegenheit beantragt Ratsherr Rockendorf abermals geheime Abstimmung.

Bürgermeisterin Hofmann nimmt zu rechtlichen Fragen Stellung und erkennt einen Politikwechsel auch als ein gutes Ziel – 2016 im Rat.

Ratsherr Seifert erläutert nochmals die Haltung seiner Fraktion hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens am 16. Dezember 2013 und stellt die Beweggründe für die jetzige Antragstellung dar. Aus seiner Sicht ist hier in der vorangegangenen Ratssitzung eine rechtlich bestehende „Sondermöglichkeit“ verspielt worden. Nachdem diese Möglichkeit (bewusst) nicht genutzt wurde, wird nunmehr zur „demokratischen, alten Ordnung“ zurückgekehrt, worüber seine Fraktion froh ist.

Bezug nehmend auf die Wortwahl „Schmierenkomödie“ durch Ratsherrn Rockendorf stellt Ratsherr Seifert fest, dass er es als perfide empfindet, seine

Abwesenheit bzw. Erkrankung diesbezüglich vorzuschieben. Dies ist ein miserabler Stil. Mittelfristig scheint, so Ratsherr Seifert, in Vergessenheit geraten zu sein, dass schon einmal wegen eines Geburtstages des Vaters von Ratsherrn Rockendorf eine Ratssitzung abgesagt worden ist. Er stellt anheim, einmal über das „C“ im Parteinamen nachzudenken.

An der sich anschließenden weiteren Diskussion beteiligen sich die Ratsherren Schwedhelm, Bruchmann, Markert und Metzger.

Der Antrag auf geheime Abstimmung erhält 10 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen. Er ist damit abgelehnt.

Für den Antrag der *SPD-Fraktion*, der *FDP-Fraktion* und des Ratsherrn Markert (*BfBS*) und damit auch für die Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 16. Dezember 2013, (~~am 25. Mai 2014~~) keine Direktwahl einer Bürgermeisterin / eines Bürgermeisters durchzuführen, sind 11 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung zu verzeichnen.

Damit ist der Ratsbeschluss vom 16. Dezember 2013 aufgehoben und der Weg zur Vornahme der Direktwahl einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters eröffnet.

Aufgrund eines Antrages des Ratsherrn Rockendorf ist die Sitzung von 20:03 bis 20:13 Uhr unterbrochen.

11. Direktwahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters – DS-Nr. 7/14 –

Ratsvorsitzender Boehm erteilt Ratsherrn Rockendorf das Wort zur Drucksache Nr. 7/14.

Ratsherr Rockendorf führt daraufhin aus, dass seine Fraktion die Sitzungsunterbrechung gewählt hat, um nochmals sorgsam abwägen zu können und stellt fest, dass man das, was jetzt passiert, als Demokrat aushalten können muss. Nunmehr kommt zum Tragen, was die *CDU-Fraktion* von Anfang an wollte, nämlich, dass der Souverän durch Wahl entscheiden kann.

Ratsherr Kasper äußert sein Bedauern, dass die *SPD-Fraktion* und die *FDP-Fraktion* die Durchführung einer geheimen Abstimmung verhindert haben.

Ratsherr Seifert stellt richtig, dass vom Grundsatz her offen abgestimmt wird. Lediglich z.B. bei Personal- oder Grundstücksangelegenheiten usw. ist eine geheime Abstimmung vorgesehen.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Ratsvorsitzender Boehm bringt seine Freude zum Ausdruck, dass nun am 13. Juli 2014 gewählt wird.

12. Erstellung eines Energiekonzeptes für kommunale Liegenschaften in der Stadt Bad Sachsa (Antrag der CDU-Fraktion) – DS-Nr. 8/14 –

Ratsvorsitzender Boehm erteilt Ratsherrn Warnecke das Wort zur Erläuterung des Antrages der *CDU-Fraktion*.

Dieser führt darauf hin aus, dass auf entsprechende Anfrage seiner Fraktion hin von der Verwaltung eine Übersicht über die zu verzeichnenden städtischen Energieverbräuche erstellt wurde. Diese Zusammenstellung wurde zum Anlass genommen, den heutigen Antrag zu stellen, der sodann vorgetragen wird.

Bürgermeisterin Hofmann greift zunächst den letzten Satz des Antrages auf, um darauf hinzuweisen, dass sich in der Samtgemeinde Walkenried die Kosten für die Erstellung des Gutachtens auf 32.000 € beliefen.

Sie verweist sodann auf ihren eingangs gegebenen Bericht (→ Neue EU-Förderperiode), um wiederum deutlich zu machen, dass bislang noch keine einschlägigen Richtlinien vorliegen und deshalb nicht bekannt ist, welche Gelder letztlich für welche Zwecke zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund beantragt die Bürgermeisterin Verweisung an den Fachausschuss und Beratung im nächsten Jahr – nachdem die für eine sachgemäße Bearbeitung benötigten Grundlagen bekannt sind.

Die Ratsherren Seifert und Schwedhelm unterstützen diese Vorgehensweise.

Ratsherr Metzger hat manchmal das Gefühl, dass es eine „verkehrte Welt ist“. Er freut sich auf die Beratung im Fachausschuss und darauf zu sehen, „ob man das aushält“.

Ratsherr Warnecke schließt sich der aufgezeigten Vorgehensweise an.

Daraufhin stimmt der Rat dem so einstimmig zu.

13. Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2014 einschließlich mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung mit Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2013 bis 2017 und Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Bad Sachsa für das Haushaltsjahr 2014 – DS-Nr. 9/14 –

Ratsvorsitzender Boehm erteilt Ratsherrn Schwedhelm das Wort zur Drucksache Nr. 9/14.

Ratsherr Schwedhelm bezieht sich auf die inhaltlichen Ausführungen von Stadtmfrau Urban in der letzten Ratssitzung zum eingebrachten Haushaltsentwurf und verweist auf die danach stattgefundenen Beratungen in den Fachausschüssen, in den Fraktionen sowie im Verwaltungsausschuss. Da dort inhaltliche Änderungsanträge nicht zu verzeichnen waren, ist er gespannt auf die Ausführungen der *CDU-Fraktion* hierzu. Im Rahmen seiner grundsätzlichen Ausführungen signalisiert er, dass die *SPD-Fraktion* dem Haushaltsentwurf 2014 zustimmen wird (... Einsparungen, die sicherstellen, dass die Leistungsfähigkeit erhalten bleibt ... | ... Haushaltsansätze der internen Einheiten wurden in den letzten Jahren regelmäßig zurückgefahren ... | ... Haushalt zeichnet sich durch eine Balance aus, die • durch eine Belastung der Bürger, welche sehr respektiert wird, • durch Sparzwang der Verwaltung, • durch Weiterentwicklung der Stadt und • durch Ausschöpfung von Fördermitteln gekennzeichnet ist ... | ... diese Balance führt zu einem ausgeglichenen Haushalt, was seit 20 Jahren ein Novum darstellt ...).

Ratsvorsitzender Boehm verweist auf den vorliegenden Antrag der *CDU-Fraktion*, ein Ratsinformationssystem einzuführen, welcher, nachdem ihm das Wort erteilt wurde, durch Ratsherrn Warnecke begründet wird.

Aufgrund der Ausführungen von Ratsherrn Warnecke macht zunächst Bürgermeisterin Hofmann deutlich, dass die städtische Internetseite – nicht wie offenbar von Ratsherrn Warnecke angenommen – von der Fa. GLC AG betreut wird, sondern direkt aus dem Rathaus (Anmerkung: so zuletzt mitgeteilt in der Verwaltungsausschusssitzung am 9. April 2013, nachzulesen unter TOP 4 d], Seite 2 sowie im Impressum).

Danach stellt Ratsherr Schwedhelm fest, dass hinsichtlich der Vorteile und Auswirkungen von Ratsinformationssystemen bei der *CDU-Fraktion* offenbar Fehlinformationen oder -einschätzungen vorliegen. Hinsichtlich eines „richtigen“ Ratsinformationssystems herrscht in breiten Kreisen des Rates die Auffassung vor, dass die Zeit hierfür in Bad Sachsa noch nicht reif scheint. Deshalb hält die *SPD-Fraktion* eine Einführung momentan noch nicht für Ziel führend. Vorlagen und Protokolle könnte man, diesbezüglich bestand Einigkeit in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung, in den städtischen Internetauftritt mit einbeziehen.

Nach einer weiteren Aussprache, an der sich die Ratsherren Seifert und Warnecke sowie Ratsvorsitzender Boehm (... Lagerungs- und Archivierungsmöglichkeit über Jahrhunderte -!- ...) beteiligen, erklärt Ratsherr Warnecke, die dargestellte Vorgehensweise, die er als einen wichtigen Schritt ansieht, mittragen zu können.

Sodann wieder zum „direkten“ Haushalts-Tagesordnungspunkt zurückkehrend, legt Ratsherr Rockendorf die Ablehnung der *CDU-Fraktion* dar (... entgegen der deutlich besseren Prognose ein viel zu geringes „Plus“ von nur 5.800 € trotz sprudelnder Steuereinnahmen und Ertragssteigerungen – warum ? ... | ... falsche Investitionspolitik ... | ... nebulöse Haushaltsausgabereise in Höhe von 1,9 Mio. € - wie sollen diese finanziert werden ?; Unverständnis, dass die erbetene Auflistung

der Ausgabereiste nicht vorgelegt wurde ... | ... Ablehnung: Kostensteigerung Gehweganlage Wiesenstraße; Pläne Toilettenanlage und Parkplatz Ringstraße nicht Ziel führend, Ausbau der Marktstraße müsste höhere Priorität genießen ... | ... Investitionen für Dorferneuerung und Vitalpark sind weiterhin kritisch zu hinterfragen, insbesondere im Hinblick auf Sanierungsbedarf beim Minigolfplatz, bei Bänken und für den Fortbestand des Kurhauses ... | ... freiwillige Leistungen [Stadtbibliothek] ... | ... IKZ [Jugendpflege] ... | ... Kfz-Investitionskosten momentan entbehrlich... | ... Zuschussbedarf der Holding wieder zu gering ausgewiesen ... | ...allgemeine Schuldenlage ... | ... fehlende Konzepte ...).

Ratsherr Markert geht auf eine *Harz Kurier*-Berichterstattung der *CDU-Fraktion* ein, mit der Ratsherr Rockendorf die schnelle Einberufung einer Ratssitzung eingefordert hatte, um Handlungsfähigkeit im finanziellen Bereich herzustellen. Dies ist für ihn absolut nicht nachvollziehbar, da diese Fraktion mindestens seit 2002 keinem Haushalt mehr zugestimmt hat. Als Unverschämtheit sieht er an, die 9,2 Mio. € Entschuldungshilfe „einfach so vom Tisch zu wischen, die wir uns mühsam erkämpft haben“. Für Ratsherrn Markert ist der Haushalt sofort annehmbar.

Für Ratsherrn Metzger ist der Haushalt nicht schlecht, er könnte seines Erachtens aber besser sein. Er hegt keinen Zweifel daran, dass die Verwaltung einen „anständigen“ Haushalt aufgestellt hat, und er findet es gut, dass dieser mit Mehrheit beschlossen werden wird. Gleichwohl wird er sich der Stimme enthalten (... Zuschuss für die *Holding* immer zu niedrig angesetzt und im Nachtrag angehoben ... | ... Einführung der Sommerschließzeit in der DRK-Kindertagesstätte ... | ... seit Jahren keine Gehaltserhöhung für die Jugendpflegerin ... | ... gemeinsame touristische Vermarktung mit *Walkenried* anstreben ... | ... fehlende Transparenz bei den Haushaltsresten, die der Verwaltung umfängliche Handlungsmöglichkeiten ohne politischen Einfluss eröffnet ... | ... Stadtbibliothek erhalten ...).

Mit weiteren Diskussionsbeiträgen beteiligen sich die Ratsherren Simon, Kasper und Schwedhelm an der Aussprache.

Danach nimmt Bürgermeisterin Hofmann umfassend Stellung zu diversen Ausführungen, wobei sie betont, aus Zeitgründen nicht auf alle Falschaussagen eingehen zu können (... Holdingzuschuss war im letzten und vorletzten Haushaltsjahr ausreichend bemessen ... | ... Einführung einer Sommerschließzeit in der DRK-Kindertagesstätte [Gleichbehandlung, Kostengründe] wurde vom zuständigen Kuratorium beschlossen ... | ... keine Vorschläge gehört, die das Ergebnis des Haushaltes verbessern würden; selbst die erst zur Haushaltsverabschiedung eingebrachte Idee der Einführung eines Ratsinformationssystems würde das Zahlenwerk verschlechtern ... | ... Falschaussage zur zu erwartenden Kostensteigerung für den Ausbau der Wiesenstraße ... | ... Parkplatz-/Toilettenfrage Ringstraße noch nicht abschließend entschieden ... | ... Entwicklung der Personalzahlen der Stadt ausweislich des Stellenplanes ... | ... laut Rambøll-Gutachten 2 ½ Stellen Personalüberhang **nach** Fusion mit *Walkenried*, zwischenzeitlich durch Stadt allein mehr Stellen abgebaut wie hier für entbehrlich erklärt ... | ...Falschaussage [bezogen auf Bad Sachsa] der

sprudelnden Steuereinnahmen ...| ... usw. ...).

Der Beschlussvorschlag wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

14. Anträge und Anfragen

a) Bürgermeisterin Hofmann weist darauf hin, dass von der *CDU-Fraktion* zwei neuerliche Anfragen eingereicht wurden.

Die eine Anfrage betrifft persönliche Belange der Bürgermeisterin (Nebentätigkeiten). Hiermit wird sie offen umgehen. Allerdings wird sie, da es sich um eine Personalangelegenheit handelt, die Beantwortung in vertraulicher Sitzung vornehmen.

Die andere Anfrage bezieht sich auf Fragen bezüglich des Gebietsänderungsvertrages zwischen den Landkreisen Göttingen und Osterode am Harz. Hierüber zeigt sich die Bürgermeisterin verwundert, da sich die gewünschten Antworten ihrer Kenntnis entziehen, weil sie keine Landrätin oder Kreistagsabgeordnete ist. Außer der schriftlichen Stellungnahme des Ersten Kreisrates Geißleiter, die auch den Fraktionen zugegangen ist, liegt ihr bislang nichts Weiteres vor. Im Übrigen hat sie in früheren Sitzungen bereits ausgeführt, dass die rechtlich vorgesehene Beteiligung hinsichtlich des Gebietsänderungsvertrages durch das MI zu erwarten ist. Wann dies jedoch geschehen wird, kann die Bürgermeisterin nicht sagen. Insofern rät diese den anwesenden Kreistagsabgeordneten, doch einmal im Kreistag anzufragen, weil die Stadt nicht die richtige Adresse ist.

Ratsherr Warnecke empfindet die Antwort bezüglich des Gebietsänderungsvertrages „ein bisschen dürftig“. Er glaubt schon, dass die Bürgermeisterin z.B. in Hauptverwaltungsbeamtenkonferenzen darauf dringen müsste, dass Bad Sachsa hier (mehr) einbezogen wird. Er bemängelt, dass man über den „Acht-Punkte-Katalog“ hinaus bislang nichts gehört habe.

Hinsichtlich der zuerst genannten Anfrage nach den Nebentätigkeiten sieht Ratsherr Warnecke einen Informationsbedarf der Öffentlichkeit und möchte diese deshalb hier verlesen.

Dies wird von Ratsvorsitzendem Boehm unter Hinweis auf die zu wahrende Vertraulichkeit unterbunden. Bürgermeisterin Hofmann sieht die Anfrage als berechtigt an und macht nochmals deutlich, dass sie diese in vertraulicher, aber nicht in öffentlicher Sitzung beantworten wird.

Ratsherr Seifert nimmt ebenfalls zur Frage nach dem Gebietsänderungsvertrag Stellung. Er macht deutlich, dass die Politik den Ersten Kreisrat Geißleiter massiv aufgefordert hat, hier entsprechend tätig zu werden. Dies hat er dann ein Mal getan,

danach ist es aber wieder recht still geworden. Für Ratsherrn Seifert steht Erster Kreisrat Geißleiter erheblich unter der Ägide von Landrat Reuter. Nach seiner Einschätzung haben die betroffenen Kommunen in diesem Prozess ihre demokratischen Rechte weitestgehend verloren.

b) Ratsherr Kasper möchte wissen, wie oft die alljährliche Frühjahrsbepflanzung schon gemeinsam mit der Samtgemeinde Walkenried ausgeschrieben worden ist.

Laut Aussage des im Publikum anwesenden Technischen Angestellten Kricheldorf werden die Straßenunterhaltungsarbeiten etwa seit fünf bis sechs Jahren gemeinsam ausgeschrieben. Für die Frühjahrsbepflanzung gilt dies schätzungsweise seit 2003.

c) Ratsherr Metzger lädt alle Anwesenden zum Besuch des Päda-Musicals „ESCAPE – Die Zoonauten“ ein, welches am 28., 29. und 30. März 2014 im Kursaal aufgeführt wird.

Ende der öffentlichen Sitzung: 21: 28 Uhr

Im Anschluss an die öffentliche Ratssitzung findet bis 21:34 Uhr eine Einwohnerfragestunde statt.

gez. Boehm
Ratsvorsitzender

gez. Hofmann
Bürgermeisterin

gez. Weick
Protokollführer

Das Protokoll wurde in der Ratssitzung am 17. Juni 2014 genehmigt.